

27. X. 1918

Die Degradierung des Kaisers.

Berlin, 26. Oktober. Im „Vorwärts“ wird der Antrag der Mehrheitsparteien über die Stellung der Zivilgewalt über die Militärgewalt mitgeteilt. Danach wird die Reichsverfassung im Artikel 11 wie folgt abgeändert:

Zur Erklärung eines Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich. Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages.

Im Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt: Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

Im Artikel 53 wird folgender Satz hinzugefügt: Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Im Artikel 64 werden im ersten Satz des Absatzes 2 hinter dem Worte „Kaiser“ eingeschaltet: Unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers. (Der Artikel lautet jetzt: Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten.)

Im Artikel 66 werden folgende Absätze hinzugefügt: Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Der „Vorwärts“ Lamerdt zu dem Antrag noch folgendes:

1. Der Antrag ist schon seit acht Tagen in Vorbereitung, durch die neueste Note Wilsons also nicht veranlaßt.
2. Die Ereignisse der allerletzten Zeit haben diese Verfassungsänderung besonders dringend werden lassen, denn ein Staat darf sich seine Politik nicht einmal von siegreichen Generalen vorschreiben lassen, noch weniger von solchen, die nicht in allen Dingen die erforderliche Einsicht ihres Amtes bekundet haben.

Berlin, 26. Oktober. Der Reichstag verhandelte heute in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Abänderung der Reichsverfassung in dem Sinne, daß zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich ist. Hierzu hatten die Mehrheitsparteien die oben erwähnten Abänderungsanträge eingebracht.

Die Änderungen beschlossen.

Staatssekretär Gröber erklärte: Die Reichsleitung wird für die Annahme dieser Anträge im Bundesrat eintreten. (Bravorufe.) Die Verantwortung für Krieg und Frieden ist so ungeheuer, daß sie nicht auf die Schulter einer einzelnen Person gelegt werden kann. Die grenzenlosen Opfer an Gut und Blut müssen vom ganzen Volke getragen werden. Daher kann der Krieg auch nur als Volkskrieg mit Zustimmung des Volkes geführt werden. Die Anträge sind weit mehr politischer als militärischer Natur. Im persönlichen Treuverhältnis zwischen Heer und Kriegsherrn wird keine Änderung eintreten. Ein Zusammenbruch des ganzen Gebäudes unseres Heerwesens ist nicht zu befürchten.

Die Anträge wurden von den Fortschrittlichen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten befürwortet, von den Konservativen bekämpft. Dr. Landsberg (Sozialdemokrat) wies darauf hin, daß durch diese Anträge die Regierungsgewalt in entscheidenden Punkten in die Hand des Volkes gelegt wird. Die Armee habe den Beruf, die Freiheit des Volkes zu schützen, nicht aber zu vernichten. Jeder von uns will das Beste, um von Deutschland ein namenloses Unheil abzuwenden. Nicht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, dann sind wir nur noch Objekt der Friedensverhandlungen. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inland der Bürgerkrieg tobt. Die Mehrheit des Reichstages ist gewillt und kräftig genug, der Freiheit des deutschen Volkes eine Gasse zu brechen.

Bernstein (unabhängiger Sozialdemokrat) sagt: Je radikaler wir vorgehen, desto besser wird der Friede. Nichts ist verbrecherischer, als den Frieden zu hinterreiben, wie dies die Herren von der Rechten und ihre Organe tun.

Kriegsminister Scheuch erklärte: Wir können in den Anträgen nichts finden, was das feste Gefüge des Heeres erschüttern könnte. Besonders ist das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier nicht berührt.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge in dritter Lesung mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Das Resultat der Abstimmung wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen. Hierdurch ist die Abänderung der Reichsverfassung zum Zwecke der Demokratisierung und Parlamentarisierung größtenteils beendet.

Der Präsident erhielt am Schluß der Sitzung vom Hause die Ermächtigung, die nächste Sitzung erforderlichen Falles einzuberufen.

Gaase für Wilhelms Abdankung.

In seiner Rede am Mittwoch im Reichstag erklärte Gaase: Die Kronen rollen auf das Pflaster, die Krone des Zaren Nikolaus, die Krone des Bulgarenkönigs... Kronen die man schon zu erschaffen glaubte, sind wie Staub im Winde schnell davongeeilt, die Krone von Finnland, Litauen u. s. w. Rings um uns herum tun sich Republiken auf und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein? ... Es sind bürgerliche Blätter wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“, das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“, die es als Selbstverständlichkeit bezeichnet haben, daß der Träger der preussischen Krone, der deutsche Kaiser sein Amt niederlegt. Eine Reihe anderer Blätter haben viel deutlicher noch gefordert, daß die Dynastie in Deutschland republikanischen Einrichtungen Platz machen müsse...

Wichtig sind noch folgende Bemerkungen in den Darlegungen des Redners der Unabhängigen: In der elsass-lothringischen Frage kann nicht die Sprachgrenze, nicht die Stammeszugehörigkeit, sondern nur der Wille der Bevölkerung entscheidend sein. Mit unseren französischen Freunden kämpfen wir dagegen an, daß Frankreich durch das Schwert Elsass-Lothringen zurückerobert will. Die elsass-lothringische Bevölkerung muß selbst darüber entscheiden, welchem Staates sie angehören will. Das gleiche gilt für die deutsch-polnischen Grenzgebiete. Deutsche und Polen müssen gemeinsam alles vermeiden, was die beiden Nationen durcheinanderhehen kann. Es wäre ein Unglück, wenn durch nationalistische Aspirationen die Verbindung Ostpreußens mit den anderen Teilen des Reiches unterbunden würde. Entscheidend muß sein, was die Bevölkerung will, nicht was einzelne Polen hoffen und wünschen. Wir würden trübe in die Zukunft wegen der schweren Leiden des Volkes und wegen der fortdauernden unerschwinglichen Kriegslasten. Aber gleichviel wie der Krieg endet, das deutsche Volk wird nicht untergehen. Rettung aus Not, Elend und Unterdrückung kann es freilich im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht finden. Die gesamte Produktion läßt sich ungeheuer steigern, wenn an Stelle der Wirtschaft des Profits die sozialistische Wirtschaftsordnung tritt. Deutschland ist dazu viel reifer als Rußland. Von der Mäßigkeit und Entschlossenheit der deutschen Arbeiter, freilich auch der Arbeiter anderer Länder, hängt es ab, ob die Umwälzung bald erfolgt oder wir noch schwerere Elendzeiten durchmachen müssen. Letzten Endes wird aus dem Elend doch die volle Befreiung der Menschheit hervorgehen.

Das neue Deutschland.

Bern, 25. Oktober. Die „Populaire“ schreibt: Der beste Beweis des neuen Zustandes in Deutschland wurde uns heute durch die Nachricht von der Freilassung Liebknechts gebracht. Ein Freudenschrei in der ganzen Sozialistenwelt wird die Befreiung Liebknechts begrüßen.